

Cöbeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der "Cöbeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46

Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschossige Peitschene oder deren Raum 40 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 119.

Freitag, den 24. Mai 1918.

25. Jahrg.

Was „gesichert“ werden soll!

Von Paul Hirsch.

Zwar hat das preußische Abgeordnetenhaus die meisten der sogenannten Sicherungsanträge abgelehnt, aber nachdem der Ministerpräsident Graf Hertling erklärt hat, die Regierung werde die bezüglichen Anregungen mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen, und nachdem der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedrichberg vierzehn Tage später hinzugefügt hat, daß sie den Sicherungen des Zentrums zustimme, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Anträge in einem späteren Stadium der Verhandlungen trotzdem noch zum Beschlüsse erheben werden.

Die Tendenz der Sicherungen geht dahin, die befürchteten, allzuweit gehenden radikalen Folgen, die sich aus dem allgemeinen Wahlrecht ergeben könnten, zu befechten. Dass in der Gesetzesvorlage selbst schon derartige Sicherungen angeregt sind, hat Graf Hertling offen zugegeben. Trotzdem hat das Abgeordnetenhaus einem dieser Anträge bereits zugestimmt, es hat beschlossen, nicht nur, daß die Abgrenzung der Wahlbezirke und der Verteilung der Abgeordneten auf sie neben ihrer Einwohnerzahl auch ihre Flächenausdehnung sowie ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung berücksichtigt werden sollen, sondern daß auch für eine Rendierung eine Stimmennachheit von zwei Dritteln in jeder Kammer erforderlich ist. Das bedeutet beinahe die Unmöglichkeit, die 60 Jahre alte Wahlkreiseinteilung, in der zum guten Teil die Hauptstärke der reaktionären Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses wuzelt, in absehbarer Zeit zu beseitigen. Die heutige Wahlkreiseinteilung, die die Städte systematisch zugunsten der Landkreise entrichtet, soll, wenn irgend möglich, verewigt werden.

Ein anderer Sicherungsantrag hatte den freikonservativen Abgeordneten Dr. Bredt zum Vater; er sah neben einer Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen auch eine solche für Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und zu den Gemeindevertretungen vor. Der Antrag wollte also einen Damm aufrichten, einmal gegen eine zukünftige Erweiterung des Stimmenrechts für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, und zweitens gegen eine Reform des Gemeindewahlrechts. Wie der Antragsteller ausführte, sollte zu weitgehenden Beschlüssen von Stadtverordnetenversammlungen ein Riegel vorgehoben und verhindert werden, daß städtische Körperschaften unter einem gleichen Wahlrecht die Ausgaben bis ins Uferlose in die Höhe treiben und so den Besitzenden zu hohe Steuern auferlegen.

Dass das Gemeindewahlrecht in Preußen dringend der Reform bedarf und dass die Inangriffnahme dieser Reformen eine der ersten Aufgaben des neuen Landtages sein muß, das hat die Regierung unumwunden zugegeben. Wie könnte es auch anders sein angesichts des Untertanen, daß wir in Preußen mehr als ein Dutzend verschiedener Stadt- und Landgemeindeordnungen, zum Teil recht ehrwürdigen Alters haben, von denen, so sehr sie auch im einzelnen von einander abweichen, keine das allgemeine Wahlrecht kennt; ja die weitaus meisten von ihnen sehen noch immer die öffentliche Stimmbgabe und die Ungleichheit der Wähler vor. Es sind durchweg plutoökonomische Gesetze, und der plutoökonomische Charakter ist von Jahr zu Jahr mehr in Erscheinung getreten. Der Versuch vom Jahre 1901, diesen Charakter zu mildern und die durch die Miquelsche Steuerreform hervorgerufenen Verschiebungen zu beseitigen, ist nur von vorübergehender Wirkung gewesen, die Veränderungen sind durch die neueren Verschiebungen in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen schon nach kurzer Zeit wieder über den Haufen geworfen, und heute ist der plutoökonomische Charakter eher schärfer denn schwächer als vor 1901. Dazu kommt für fast ganz Preußen das Privileg der Hausherrschaft, das die Wähler auch in der Auswahl ihrer Kandidaten erheblich einschränkt und das die Regierung bereits 1876 beseitigen wollte, „weil das Bedürfnis, ja die Nützlichkeit einer derartigen, eine besondere Klasse der Einwohnerschaft hervorhebenden Bestimmung vielsach und anscheinend nicht ohne Grund in Frage gestellt“ war. Bis unmittelbar vor dem Kriege hat die Regierung dann bekanntlich in Abweichung von diesem Standpunkt an dem Hausbesitzerprivileg festgehalten, weil sie darin ein Mittel erblickte, den Einzug von Sozialdemokraten in die Stadtparlamente zu erschweren. Alle Reformen der Gemeindewahlgesetze sollen nun nach dem Antrag Bredt an eine Zweidrittelmehrheit gebunden sein, und möglicherweise noch so belanglos sein. Rehnliche Erschwerungen finden sich in der Gesetzgebung eines anderen Bundesstaates, Preußen wäre es vorbehalten, in dieser Beziehung dem übrigen Deutschland mit einem nicht gerade nachahmenswerten Beispiel voranzugehen.

Noch weiter als der Freikonservative Bredt will das Zentrum gehen, es will, gleichviel ob das Dreiklassenwahlrecht durch das gleiche oder durch ein Plurawahlrecht erzeugt wird, die Grundlagen unseres staatlichen Wesens verfassungsmäßig verankern. Diesem Zwecke dienten die vorläufig wenigstens abgelehnten Anträge auf verfassungsmäßiger Festlegung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Die heutigen Befürinnerungen

standen früher in den Artikeln 15, 16 und 18 der Verfassung. In der Zeit des Kulturmampfes sind diese Artikel zunächst geändert, dann gestrichen worden, und wenn das Zentrum auch nicht ihre sofortige Wiederherstellung beantragt, so verlangt es doch, daß der tatsächliche Zustand, wie er zwischen dem Staat und der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche jetzt besteht und für den eine verfassungsmäßige Feststellung fehlt, in die Verfassung hineingeschrieben wird. Zunächst sollen die nach der gegenwärtigen rechtlichen Ordnung des Verhältnisses des Staates zur evangelischen und römisch-katholischen Kirche diesen Kirchen zustehenden Befugnisse und Einkünfte dauernd aufrechterhalten werden, und zweitens sollen die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgemeinschaft im Besitz und Genuss der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Instanzen, Stiftungen und Fonds bleiben.

Die Folge der Aufnahme solcher Bestimmungen in die Verfassung wäre die Festlegung des zukünftigen Abgeordnetenhauses auf Beschlüsse, von denen es in seiner Weisheit nichts wissen will, denn da diese Anträge einen Bestandteil der Verfassung bilden sollen, die Verfassung selbst aber nach einem weiteren Antrage des Zentrums nur mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden darf, so würde das in der Tat auf die Verwertung des jetzigen Zustandes hinauslaufen, und die Trennung von Staat und Kirche wäre in weite Ferne gerückt. Derartige Sicherungen zu fordern, davon hat selbst ein Windhork niemals gedacht, der bekanntlich das gleiche Wahlrecht ausdrücklich zur Abwehr gegen die Brutalitäten der katholikenfeindlichen Kulturmampfparteien verlangt hat. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert, heute sehen wir die ehemals katholikenfeindlichen Kulturmampfparteien Arm in Arm mit dem einzig so verhafteten Zentrum jedem wirklichen Kulturfortschritt den Weg verbauen.

Ta, diese Kulturmampfster von früher, die Nationalliberalen, haben auch dem weiteren Antrag des Zentrums ihre Zustimmung erteilt, der den konfessionellen Charakter der öffentlichen Volksschulen entsprechend dem Volksschulunterhaltungsgesetz gewährleistet sehen will. Bekanntlich ist durch das Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. Juli 1906 die Konfessionschule als Regel festgelegt, während die Simultanschule nur noch die Ausnahme bildet. Durch einen Federstrich hatte die Landtagsmehrheit von 1906 die Simultanschule, die sich allmählich durchzuringen begonnen hatte, befreit. Das allgemeine Landrecht kennt keine Konfessionschulen, sondern nur allgemeine Volksschulen ohne Rücksicht auf die Berchiedenheit des Glaubensbekenntnisses, es läßt Schulen für die Einwohner verschiedenen Glaubensbekenntnisses nur als Ausnahme zu. Seit 1906 haben wir tatsächlich die konfessionelle Volksschule in Preußen, und der Zustand befriedigt das Zentrum so, daß es seit Inkrafttreten des Volksschulunterhaltungsgesetzes von der Einbringung seiner Anträge auf Konfessionsförderung des Volksschulwesens Abstand genommen hat. Bei der Beratung des Volksschulunterhaltungsgesetzes hat der freikonservative Freiherr von Mantaußel im Herrenhause ganz offen ausgesprochen, daß die Volksschule auf konfessioneller Basis eines der sichersten Mittel zur Förderung der Sozialdemokratie sei, und er hat zugegeben, daß der konfessionelle Charakter der Volksschule durch dieses Gesetz gerettet und hoffentlich wenigstens für lange Zeit festgestigt ist. Nunmehr scheint es dem Zentrum als ob diese Festigung des Dreiklassenwahlsystems nicht überdauern wird, und daher ergreift es die Gelegenheit, ein zweifellos ganz anders zusammengelegtes Abgeordnetenhaus zu binden an die Beschlüsse einer höchstens für immer der Vergangenheit angehörenden konservativ-klerikal-national-liberalen Mehrheit.

So sind denn in der Tat die Sicherungen höchst gefährlich und von tief einschneidender Wirkung auf unsere ganze zukünftige Entwicklung. Die Sozialdemokratie hat allen Anlaß, sie aufs schärfste zu befeißen; sie darf sich durch ihre Ablehnung nicht in Schlaf einlullen lassen, denn die beiden konservativen Parteien haben nicht aus grundäthlichen, sondern nur aus taktischen Erwägungen dagegen gestimmt, und die Regierung ist bemüht, auf dieser Basis eine Verständigung zu erzielen. Will das Volk verhindern, daß man ihm das, was man ihm auf der einen Seite durch das gleiche Wahlrecht gibt, auf der anderen Seite wieder nimmt, so muß es auch in den weiteren Stadien des Wahlrechtswampfes auf der Hut sein und den Winkelzügen der angeblichen Freunde eines gleichen Wahlrechts seine Aufmerksamkeit widmen.

Gewalt- oder Verständigungsfriede?

Die "Germania" veröffentlicht in einer Sonderbeilage eine lange Auseinandersetzung des Abgeordneten Erzberger mit der "Königlichen Volkszeitung". Da der hier zum Ausdruck kommende Gegensatz innerhalb der Zentrumsfraktion und der Zentrumsopposition zugleich die tiefsten Probleme der deutschen Kriegspolitik berührt, so verdient er

auch in solchen Kreisen beachtet zu werden, die an sich den internen Verhältnissen der Zentrumsfraktion mit kühler Objektivität gegenüberstehen. Handelt es sich doch, letzten Endes um die Aufrichterhaltung oder Abschüttelung der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 und damit um den Fortbestand oder die Auflösung der Reichstagsmehrheit, die auf der Friedensresolution aufgebaut wurde. Die "Königliche Volkszeitung" hatte aus ihrer annexionistischen Auffassung heraus der Tätigkeit des Abgeordneten Erzberger vorgeworfen, daß „bei durchaus falscher Beurteilung der gesamten tatsächlichen Lage ihre Wirkung einer kräftigen Kriegsführung, der Entschlossenheit zum Durchhalten und dem unerschütterlichen Siegeswillen des deutschen Volkes abträglich“ sei. Demgegenüber weiß Abgeordneter Erzberger nach, daß er die tatsächlichen Verhältnisse richtig beurteilt habe, sowohl bei der Aforderung des gleichen Wahlrechts in Preußen, wie bei der Einschätzung der Bündezonen und des neutralen und einzischen Auslands, wie endlich bei den Wirkungen des uneingehirranten U-Boot-Krieges. Im Gegensatz zu der "Königlichen Volkszeitung", der „ausgeprägten Vertreterin der Machtpolitik“ mit ihrem Plebisit für einen Hindenburg-Zwieden“, vertritt Abgeordneter Erzberger einen Frieden der Verständigung in folgender Weise:

„Es scheint mir von sehr wenig Überlegung und Vernunft zu zeugen, im Zeitalter der Riesenkanonen, die über kleine und selbst mittlere Bundesstaaten hinwegschießen und bei der geradezu isabellhaften Entwicklung des Flugwesens Grenzberichtigungen als Ziel des großen Weltkampfes aufzustellen. Diese Kriegszielpolitik der "Königlichen Volkszeitung" wird ich immer und bei jeder Gelegenheit mit allem Nachdruck bekämpfen, da ich sie als ein Unglück in erster Linie für Deutschland, dann für die Welt und das Christentum anschaue. Die Verzufung der Annexionisten auf das Blut, das „nicht umsonst geslossen“ sein dürfe, ist ein erdschütternder Ausdruck für das Maß, bis zu welchem die Materialisierung aller Werte in dem Bewußtsein von Menschen gedeihen kann. Kein Stützpunkt fremden Landes und keine summe feindlicher Helden ist das Blut wert, das Deutschland vergießen möchte. Wenn diese Verzufung das letzte Argument des Annexionismus ist, so ist er damit gerichtet. Nicht vergebens sollen alle Kriegsscorps gebraucht sein, das ist selbstverständlich. Aber nur eines ergibt sich als Forderung aus der Erkenntnis des tiefen Sinnes der gebrachten Opfer: Deutschlands Sicherung für die Zukunft und Garantie gegen die Wiederkehr einer solchen Weltkatastrophe. Unter Volk — ich glaube sagen zu dürfen — alle Völker Europas fordern, daß ein solches entsetzliches Unglück nicht wiederkehrt. Vergewaltigung und Unterjochung aber enthalten die Keime zu neuen Verwicklungen und Kriegen. Machtpolitik, wo sie auch immer austritt, ohne daß ihr das Recht zur Seite steht, reißt die Völker in den Abgrund. Die Machtpolitiker sind von unglaublicher historischer Kurzsichtigkeit. Die deutschen Machtpolitiker suchen Polizei um Polizei um Deutschland herum zu errichten, rufen nach der standischen Kluft, nach den durch den Friedensvertrag erreichter gewordenen Vorwerken im Osten und treiben so eine Politik der Völkervergiftung, deren Explosionen sie durch den Machtwahn gerecht zu werden vermögen. Ein deutsches Isolament können sie höchstens schaffen, aber nur in dem Gedanken, daß ein so zunächst äußerlich größeres, innerlich aber schwächeres Deutschland möglichst bald den „zweiten punischen Krieg“ — ich bin nicht Urheber dieses entsetzlichen Wortes — führen müsse. Es dürfen aber nicht von uns Feuerherde rings um Deutschland errichtet werden. Die Sprengung des politischen Ringes, der sich um Deutschland gebildet und engen geöffnet hat, muß das Hauptziel unserer Kriegszielpolitik bleiben. Wir müssen aus diesem Ring heraus und Weltpolitik treiben, das geht aber nicht lediglich mit der Macht, es muß noch ein anderes Moment hinzukommen, das der Verständigung.“

Weiter übt Abgeordneter Erzberger scharfe Kritik an der Ostpolitik, wie sie in der Ukraine, in Polen und Litauen getrieben wird, um zum Schluß der Verständigungspolitik auf der Grundlage der Friedensresolution vom 19. Juli das Wort zu reden:

„Die Friedensresolution vom 19. Juli war aus außer- und innerpolitischem Grunde absolut geboten, sie war eine höchst verdienstvolle und segensreiche Tat. Keiner der Abgeordneten, die dieser Resolution zugekommen waren, war der kindlichen Auffassung, daß infolge dieser Resolution in wenigen Monaten Friede sein werde. Aber den Weg zum Frieden hat sie im Osten eröffnen helfen, wie durch russische Kundgebungen erwiesen ist. Die positivistische Auseinandersetzung der Friedensresolution — die Friedensresolution soll doch für alle Kriegsführenden Gelung haben — umfasst alles, was Deutschland und seine Verbündeten für ihre Zukunft brauchen. Die dentwürdige Erfüllung des Reichstages enthält Erkenntnisse, Wahrheitssätze, welche durch keinen Gang der Ereignisse in die Lage versetzt werden, für überholt zu gelten. Sie hat auf der anderen Seite aber auch den Rahmen so weit gestreift, daß die jeweilige politische Gesamt situation voll ausgenutzt werden kann. Nur einen Grenzpfahl kennt sie: ein dauernder, gerechter Friede der Versöhnung und Verständigung der Völker soll geschlossen werden, und nicht ein Friede, der zwangsläufig neue abelsbare Kriege im Gefolge hat. Dieses Ziel aber wird nur erreicht, wenn ganz allgemein am Friedenstisch nicht die brutale Gewalt und Macht, sondern das natürliche und göttliche Recht seinen Triumph feiert.“

Das sind treffende Worte, die es erklären erscheinen lassen, daß die Alldeutschen mit allen Mitteln gegen den Träger solcher vernünftigen Gedanken wühlen. Diese Worte Erzbergers, von denen wir nur wünschen möchten, daß die Zentrumsfraktion sich dieselben zu eigen machen würde, empfehlen wir auch unseren lieben eisernen und verapperten Annexionisten zum eisernen Studium.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 23. Mai. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. Mai. (Amtlich)

Un der italienischen Front führt auf beiden Seiten betriebeine Erkundungstätigkeit auch gestern an mehreren Stellen zu beobachten.

Eine Krone ist überflüssig.

Die meisten Dinge sind in Deutschland knapp. Aber an etwas scheinen wir noch Überfluss zu haben, meint Herr von Gerlach in der „Welt am Montag“: an Prinzen. Deutschland hat ja von jeher mindestens halb Europa mit Fürsten versorgt. Auch jetzt hört man kaum von dem Entstehen eines neuen Staatsgebildes, ohne daß alsbald von der Kandidatur dieses oder jenes deutschen Prinzen auf den zu schaffenden Thron die Rede wäre. Für Finnland wird ein Mecklenburger genannt. Für Albanien meldet der Prinz von Wied wieder seine vermeintlichen Ansprüche an. Für Polen wurden früher Bayern und Sachsen als beachtliche Anwärter genannt. Wie augenfällig die polnische Königskonjunktur steht, weiß die Öffentlichkeit nicht. Der für Landische Herzogshut schwiebt noch ganz in der Luft. Der Hut ist da, aber der Herzog fehlt vorläufig. Litauen scheint immer noch zwischen einem württembergischen und einem sächsischen Prinzen streitig zu sein. Diese an Napoleons Tätigkeit um 1800 erinnernde Prinzenverfügung, die damals ein schnelles Ende nahm, scheint auch diesmal nicht für die Ewigkeit bestimmt: eine Krone wird schon wackelig, ehe sie richtig aufgesetzt wurde, die finnische nämlich. Obwohl man die Sozialdemokraten aus dem finnischen Landtag ausgetrieben hat, findet sich dort doch keine Mehrheit für eine Monarchie. Die Finnen verzichten vorläufig auf einheimische wie auf fremde Monarchen.

Wenn man erst die Völker in der Ukraine, in Litauen, Kurland, Livland und Estland befragt wird — ohne deren Zustimmung man im Augenblick die Kronen verteilt, ganz wie zu Napoleons Zeiten — dann wird noch manche von ihnen wackelig werden, ehe sie richtig fest aufgesetzt wurde. Vorläufig hat allerdings der Diktator Storozhuk den Titel „Ukrainische Volksrepublik“ auf allen Regierungsakten durch den Titel „Ukrainischer Staat“ ersetzen lassen. Aber: auch wie bald schwindet Schönheit und Gestalt!

Dentisch-italienische Vereinbarung über Kriegsgefangene und Zivilpersonen.

Am 15. Mai ist in Bern auf Grund der Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und der italienischen Regierung eine Vereinbarung über Kriegsgefangene und Zivilpersonen unterzeichnet worden. Nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung sollen insbesondere die beiderseitigen schwer verwundeten und schwer kranken Kriegsgefangenen, sowie das Sanitätspersonal in die Heimat entlassen werden. Darüber hinaus wird aber auch ein erheblicher Teil der sich in italienischen Händen befindlichen gesunden deutschen Kriegsgefangenen freigesetzt werden. Es sollen nämlich die über 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und die Kriegsgefangenen, die im Alter zwischen 40 und 45 Jahren stehen und Väter von drei und mehr Kindern sind, sowie eine Anzahl deutscher Kriegsgefangener, die sich über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, sofort freigesetzt werden. Außerdem sind für die Behandlung der gegenseitigen Kriegsgefangenen Richtlinien festgelegt worden, die im allgemeinen den mit Frankreich im Dezember 1917 vereinbarten und im Abkommen vom 15. März 1918 niedergelegten Bestimmungen entsprechen. Die Bestimmungen des deutsch-italienischen Abkommens kommen auch den in italienischer Gewalt sich befindlichen Kriegsgefangenen zugute, die von den serbischen Truppen an Italien übergeben worden sind. Aus den Bestimmungen, die zum Schutz der beiderseitigen Internierten oder verschickten Zivilpersonen vereinbart worden sind, ist hervorzuheben, daß die in den italienischen Kolonien sich befindlichen deutschen Zivilpersonen auf Wunsch nach Italien überführt werden.

Bei einer Dankesrede an die Schweizerische Regierung, unter deren verständnisvollen Leitung die Verhandlungen vor sich gegangen sind. In gleicher Weise ist der Verdienst des Papstes zu geben, der die Fortsetzung seiner unermüdlichen Bemühungen um die Linderung des Leidens der Gefangenen in hochherziger Initiative und Interesse an dem Zusamminkommen der deutsch-italienischen Verhandlungen bekundet und damit von neuem ein Werk edler Menschlichkeit gefördert hat. (W. L. B.)

Verhandlungen über die Behandlung der deutschen und amerikanischen Gefangenen.

Kreuzer meldet aus Washington: Das Ministerium des Auswärtigen macht bekannt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten durch Vermittlung der spanischen Gesandtschaft in Berlin Deutschland vorgezöglichen habe, in Bern eine Konferenz zur Beprägung der Behandlung der deutschen und amerikanischen Kriegsgefangenen abzuhalten.

Livland und Estland.

Das deutsche Auswärtige Amt hat, wie der „Berl. Lokal-Anzeiger“ hört, am 19. Mai dem Berliner Vertreter der russischen Regierung Herrn Sofje eine Erklärung des Vorsitzenden der vereinigten Landesräte überreicht, in der die förmliche Loslösung der Provinzen Livland und Estland von Russland vollzogen wird. Die Benennung Livlands und Estlands, so läßt die Herrn Sofje übergeordnete Note, hat durch die Erklärung ihrer Vertreter vom Recht, ihr Schild frei zu bestimmen, Gewahrsam genommen und die Loslösung von Russland vollzogen, wova sie die russische Regierung in Kenntnis zu setzen die Zeit hat.

Das brennende Bethanien.

Beobachter von der englischen Front an Seite Südtiroler bringen Besuch nach England infolge der Beziehung dorthin deutliche Brandgräben in Flammen.

Die Luftangriffe auf Paris.

Paris, 23. Mai. (Nachmeldung. Amtlich.) Gestern Abend überlegten italienische Flugzeuge unsere Linien und bombardierten sie gegen Paris. Sie wurden durch unsere Kampfjets abgewehrt und durch heftiges Artilleriefeuer emp-

langen. Kein einziges Flugzeug überslog Paris. Ein Flugzeug war einige Bomben auf einen Punkt in der Umgebung von Paris; weder Sachschaden noch Menschenopfer wurden gemeldet.

Um 1.24 wurde zum zweiten Male alarmiert. Mehrere Geschwader Flugzeuge nahmen nacheinander die Richtung auf Paris. Unsere Wachtposten eröffneten ein sehr heftiges Artilleriefeuer gegen sie. Unsere Flugzeuge stiegen auf. Eine Anzahl von Bomben wurde auf das Häusermeer von Paris abgeworfen. Der Alarm endete um 3.30 Uhr.

Genf, 23. Mai. Unter den bis Mitternacht von den deutschen Fliegern mit Bomben beworfenen Dertlichkeiten nächst Paris werden durch Abenteuerungen gekennzeichnet: St. Denis, Aubervilliers, Bondy, Vincennes. Nach Mitternacht wurden beworfen: Argenteuil, Montmorency, St. Germain. Die im Nordosten und Nordwesten operierenden deutschen Abteilungen hatten sich bis Morgengrauen in der Nähe von Compiègne vereinigt. Weitere Spuren fehlten.

Der leichte Luftangriff auf London

hat nach einer offiziellen Reutermeldung in allen Distrikten 44 Tote und 179 Verwundete erfordert.

Englische Bergarbeiter zur Friedensfrage.

(Reutermeldung.) Die Versammlung des Bergarbeiterrates von Northumberland schloß am 22. Mai. Ein von der polnischen Abteilung eingebrachter Vorschlag, in dem die Regierung aufgefordert wurde, die Initiative für die Verhandlungen zu ergreifen, wurde zurückgezogen, da die Antragsteller den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet hielten.

Wieder eine Rede Lord Cecils.

Aus Anlaß des Sähes des Eintritts Italiens in den Krieg fand in London ein Gabelstücksstück statt, auf dem Cecil eine Rede hielt, in der er natürlich Italien feierte. Aus der sonst nicht bemerkenswerten Rede heben wir nur folgenden Passus über die allgemeine politische Lage hervor: „Leute“, sagte er, „die das Gute wünschen, seien davon überzeugt, daß, wenn man die Deutschen eine versöhnende Sprache hören lasse, sie sich sofort damit einverstanden erklären würden, aber er, Cecil, glaube, daß man den deutschen Charakter völlig falsch beurteile, und daß dies aus dem Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest hervorgehe. Von der deutschen Friedensresolution höre man nichts mehr. Sie sei zu einem Zegen Papier herabgesunken, genau so wie die demokratische Wahlreform in Preußen.“ Die deutschen Professoren haben wieder angefangen, ihre Theorien von Blut und Eisen zu verkünden. Sie wollen jetzt Belgien, das französische Erzgebiet und die italienischen Höhen behalten. In erster Linie wollen sie die Fesselung der österreichisch-ungarischen Nationen fortbestehen lassen. Es ist Englands Aufgabe, diesem Bestreben Widerstand entgegenzusetzen.“

So bietet das Treiben der Alldeutschen und der Reaktion in Preußen-Deutschland unseren Gegnern willkommenen Anlaß, immer wieder das Kriegsbeil zu schwingen und ihre imperialistischen Kriegsziele zu bemühten.

Internierung der verhafteten Führer.

„Petit Parisien“ meldet aus London: Die Sonnabend und Sonntag verhafteten Führer wurden nach England überführt und mit Ausnahme der Gräfin Mariekiewicz-Troncach in Wales interniert. Die Gräfin wurde nach London gebracht. Bisher wurde gegen die Verhafteten keine Anklage erhoben. Man deutet an, daß man sich darauf beschränken werde, sie in Haft zu behalten, ohne sie vor Gericht zu stellen. Die liberale und fortschrittliche englische Presse erhob gegen das beabsichtigte Verschaffen lebhaften Widerstrecks. Die Presse betonte, wenn wirklich Beweise einer Verschwörung mit Deutschland beständen, müßten die Schulden gezielt bestraft werden. Die übrigen müßten entweder freigelassen oder verfolgt werden.

Von der Verhaftung des bolschewistischen Konsuls in Glasgow.

Für die Verhaftung des bolschewistischen Konsuls Mr. Leon in Glasgow, die unlängst gemeldet wurde, gibt die englische Presse die folgenden Gründe an: Mr. Leon betrieb bolschewistische Propaganda in Glasgow, Lancashire und Fifeshire, indem er die Arbeiterschaft aufforderte, sich in Bezug der Nahrungsmittelgeschäfte, Banken, Postämter, Zeitungen und öffentlichen Gebäuden in Glasgow zu segeln, außerdem die Schiffe auf dem Clyde mit Beschlag zu belegen und die Polizeigemaltschaft anzueignen. Die Polizeibeamten sollten sofort von dem Revolutionskomitee als Geiseln festgenommen werden. Die Bonner, die nicht Nahrungsmittel für die Arbeiter produzierten, seien kurzer Hand niedergubrennen.

Man wird füglich bezweifeln dürfen, daß ein schottischer Bolschewik so unsinnige Forderungen stellt, wie sie ihm hier in den Mund gelegt werden. Hingegen steht zweifellos fest, daß England Mr. Leon festnehmen und auf eine gehörige Zeit hat festlegen lassen. Das zeigt jedenfalls, daß die Alliierten auf die Entwicklung der Bolschewistarmee, die Trotsky organisiert, keinen Rücksicht nehmen.

Scharfes Ententevorgehen gegen Spanien?

Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ veröffentlichten aus angeblich gut unterrichteter Quelle die aussehenerregende Meldung, die Regierungen in Washington und London hätten vereinbart, der spanischen Regierung mitzuteilen, daß sie in Zukunft auf die spanischen Hoheitsgewässer nicht mehr achten könnten. Es würde sich hier, wie das Blatt bemerkte, in gewisser Beziehung um ein dem Vorgehen gegen Holland ähnliches Verfahren handeln, das allerdings erstaunlicher Charakter habe.

Zur Verhandlung norwegischer Fischfahrzeuge.

In der norwegischen Stortingssitzung fragte der Führer der rechten Partei, Hagerup Bull, wie die Regierung zu den von deutschen U-Booten vorgenommenen Verhaftungen norwegischer Fischfahrzeuge im Nördlichen Eismeer verhalte. Die Kommandanten der U-Boote hätten erklärt, die Fischfahrzeuge dort solfern verhaftet werden. Der Redner nahm es als selbstverständlich an, daß die Regierung gleich eingriffen habe, und fragte, ob sich etwas darüber mitteilen lasse, was mit dieser Angelegenheit geschehen könnte. Der Minister des Innern, Thiele, antwortete, er habe sich gleich nach Empfang der ersten Mitteilung an den deutschen Gesandten gewandt und ihn gefragt,

weshalb diese Verhaftungen erfolgten. Der Gesandte habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß dort noch immer Kriegszonen sei. Auf die Bemerkung, daß auch die Rettungsboote beschossen würden, habe der Gesandte geantwortet, davon wisse er nichts, noch könne er es ableugnen. Er vertrat, nach Berlin zu telegraphieren, um eine mögliche Einstellung dieser Bekämpfung zu erwirken. Der Gesandte habe um schnellste Übermittlung der Abschriften von Seeschören erucht, weshalb das Departement die Beschlagnahmung derselben anordnete. Castberg fand die Angelegenheit empörend und hob hervor, es sei sicher eine allgemeine Forderung, daß untersucht werden solle, ob diese Reihe von Verhaftungen mit Hilfe der in Norwegen sich aufhaltenden Personen geschehe, die nicht gerade Norweger, sondern Spione seien. Der Sozialist Teejaer war nicht ganz davon überzeugt, daß die Regierung ihre Pflicht getan habe hinsichtlich der Warnung der Fischer vor dem dortigen Sperrgebiet. Castberg fragte, wie lange das noch so weitergehen solle, daß Norwegen einen Teil seines Fischfangs nach Deutschland verkaufe, während Deutschland norwegische Fischfahrzeuge veriente.

Erinnerung der Wolfsbühnen Büros: Bei den Verhaftungen normannischer Fischfahrzeuge im Nördlichen Eismeer handelt es sich um Verhaftungen innerhalb des Sperrgebietes. Vor dem Betreten dieses Gebietes ist ein für allemal gewarnt worden. Es kann keine Rede davon sein, daß deutsche U-Boote Rettungsboote beschließen.

Allgemeine Dienstpflicht in den Vereinigten Staaten. Wilson genehmigte einen Gesetzentwurf, der bestimmt, daß alle jungen Männer, die nach dem 5. Juni 1917 21 Jahre alt geworden sind, sich für den Heeresdienst einschreiben lassen müssen.

Die Kriegserklärung Nikaraguas.

Wie die „Nord. Allgem. Zeit.“ hört, ist die bereits in der deutschen Presse wiedergegebene Nachricht, daß Nikaragua den Kriegszustand mit Deutschland und Österreich-Ungarn erklärt habe, nunmehr amtlich bestätigt worden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 23. Mai. (Amtlich.) Von unseren U-Booten wurden im Sperrgebiet um England wiederum 15 000 Bruttoregister-Tonnen feindlichen Handelschiffraumes vernichtet. Die Erfolge wurden vorwiegend an der Ostküste Englands bei starker feindlicher Gegenwehr erzielt. Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Fliegerangriff auf Köln.

Wegen des Fliegerangriffs auf Köln hat der Reichstag abgeordnete Kutschhoff folgende Anfrage an den Reichskanzler gerichtet: Um 18. Mai hat ein feindlicher Fliegerangriff auf Köln außerordentlich zahlreiche Opfer an Toten und Verwundeten gefordert. Aus näheren Umständen geht hervor, daß es dem Feinde weniger darauf ankommt, militärischen Schaden anzurichten, als vielmehr die schreckliche Bevölkerung grausam zu töten. Eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung hat vollständig gefehlt. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Feststellungen darüber zu veranlassen, weshalb und ob eine solche Warnung nicht rechtzeitig erfolgen hat können, und ob es nicht möglich ist, einen wirksamen Schutz der feindlichen Fliegerangriffen am meisten ausgesetzten Orte herzustellen? Ist der Herr Reichskanzler weiter bereit, Bestrebungen zu unterstützen, um dem furchtbaren Morden wehrloser Frauen und Kinder durch Abmachungen internationaler Art endlich ein Ende zu machen?

„Bergstürzte Waffen“.

Unter dieser Überschrift charakterisiert in der „Schlesischen Volkszeitung“ ein Zentrumsmann, der von dem Blatte als „aufmerksamer Beobachter des öffentlichen Lebens“ vorgestellt wird, die von dem annexionistischen Flügel des Zentrums und seiner Presse betriebene Erzberger-Hege. Es heißt da:

„Ein wahres Trommelfeuern von persönlichen Schmähungen, Verhöhnlungen und Verdächtigungen aber hat ein vielgenannter süddeutscher Zentrumsabgeordneter auszuhalten. Mag sein, daß viele Gegner sein häufiges Herdentreten reizt; mag sein, daß seine Eigenart auch manche Parteidreunde verstimmt, und daß viele nicht jedes Vor gehen dieses Abgeordneten in letzter Zeit gutheißen können. Über diese gehässigen Angriffe, die der betreffende Abgeordnete in den letzten Wochen, teilweise auch aus dem eigenen Lager, erfahren hat, verlangen denn doch einmal eine entschiedene Antwort, umso mehr, als gewöhnlicher Klatsch und alter Parteihatz sich bei diesen Kämpfen innig verbündet haben. Wenn solche Kampfweise das deutsche Wesen sein soll, an dem noch einmal die ganze Welt gesessen soll, dann könnten wir es freilich unseren Feinden nicht verdenken, wenn sie sich dafür bedanken...“

In der „Augsburger Postzeitung“ beschäftigt sich der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Lederer ebenfalls mit dieser Sache. Er sagt:

„Erzberger hatte im Hauptausschuß Kritik an den Vorgängen in der Ukraine geübt. Und das mit Recht und unter Zustimmung der Fraktion. Denn in der Ukraine sind Unverständigkeiten und Dummmheiten gemacht worden, die nicht unbedenkt hingenommen werden durften. ... Nun kam die Presse und nahm sich Erzbergers sofort wieder „liebend“ an, schön abgestuft je nach links oder rechts, je nach Temperament und Charakter, nach Liebe und Habsucht, nach Wissen und Nichtwissen. „Ein Vorstoß Erzbergers gegen Hertling“, so hallte die Alarmglocke. Wer den Verhandlungen gewohnt, griff sich an die Stirne und dachte nach: wann und wo war denn das? — die „wissende“ Presse half nach: „Ein Antrag Erzbergers!“ Auch davon wußte der Auskunftsnehmer nichts. „So seid ihr, ihr wisset von nichts, Erzberger macht alles über eure Köpfe hinweg!“ Die „Kölner Volkszeitung“ — die Kampftube gegen Erzberger — wußte es am besten, sie brachte sogar Namen. Nun gab es aber gar keinen Antrag Erzberger. Aber das machte nichts. Los gegen „Erzberger“ ist nun mal die Parole, und der kriegerische Teil der Zentrums-Presse half wieder tapfer mit bzw. fiel auf den „neuesten Haß“ mit herein. Als die Erklärung der Zentrumsfraktion kam, hatte eigentlich alles zu Ende sein müssen. Dann

wäre freilich auch der „neueste Fall Erzberger“ erledigt und die Schreier blamiert gewesen. Das durfte natürlich nicht sein. Und darum wurde die Fraktionserklärung zu einer „Abschüttelung Erzbergers“ gestempelt, damit doch wenigstens Erzberger blamiert – erschien. Denn blamiert ist er tatsächlich nicht und seine Stellung in der Partei ist durch diese „Sensation“ neuerdings gestärkt worden.“

Schließlich äußert sich in der „Germania“ der Zentrumsabgeordnete Schwarz, Schweinfurt, zu der Angelegenheit:

„Gewiß ist in der Zentrumstraktion ein steigender Unwille zu verzeichnen. Aber dieser bezieht sich nicht auf den Abgeordneten Erzberger, sondern auf die Kreise und Organe, die nun schon seit Monaten bestrebt sind, durch freie Erfindung, Unterstellung und durch Verdeckung von Totsachen die innere Geschlossenheit der Zentrumspartei zu schüttern. Bisher hat man auf der anderen Seite um des Friedens willen geschwiegen, und dieser Grund hat wohl auch manchmal die Fraktionsleitung veranlaßt, Kundgebungen zu unterlassen. Seht sich das Treiben aber noch weiter fort, wird sich kaum mehr vermeiden lassen, das Urteil der Fraktion über eine derartige Kampfesweise einmal zahlenmäßig festzustellen. Manche Aufer im Streit dürften dann aber durch die Veröffentlichung dieses Ergebnisses unangenehm berührt werden, wenn vor aller Welt klargestellt wird, welch geringer Einfluß durch ihren Aufwand an Worten, Papier und Porto auf die Fraktion erzielt worden ist.“

Das Zeugniszwangsverfahren

gegen den Herausgeber der „Liberalen Correspondenz“ gegen den Herausgeber der „Liberale Correspondenz“ wird fortgesetzt. Er soll, wie erinnerlich, seinen Gewährsmann preisgeben, der ihm von einem zur Agitation für die Deutsche Vaterlandspartei aufründernden amtlichen Schreiben des Landrats v. Puttkamer in Schwinemünde Mitteilung gemacht hat.

Der Herausgeber der „Liberalen Correspondenz“ hatte in einem Verfahren gegen Unbekannt die Bereidigung zu nächst mit dem Hinweis abgelehnt, daß er, wenn ein Vertrauensbruch vorliege, als Mittäter in Frage kommen würde. Dann hat er in einem neuen Termin am 6. Mai, in welchem ihm im Falle der Zeugnisverweigerung eine Geldstrafe bis zu 300 M. oder Haft bis zu sechs Monaten angedroht wurde, sich bereit erklärt, zu beschwören, daß er das Schreiben des Landrats von keinem Beamten irgendwelcher Art erhalten habe. Durch Beschluss des Königlichen Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 15. Mai ist er darauf wegen Zeugnisverweigerung zu 50 Mark Geldstrafe oder fünf Tagen Haft, sowie zu den Kosten verurteilt worden.

Damit ist das Zeugniszwangsverfahren aber nicht abgeschlossen. Gleichzeitig mit der Zustellung des Gerichtsbeschlusses erfolgte die Vorladung zu einem neuen Termin am 4. Juni. Man sollte so etwas kaum für möglich halten.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 24. Mai.

Ein neues Kriegsziel, für das deutsche Soldaten bluten sollen, hat unser aldeutsch-vaterländisches Amtsblatt entdeckt, nämlich das afrikanische Tripolis. Es schreibt:

Tripolis wird, so erwarten wir, an die Türkei zurückfallen. Das deutsche Wirtschaftsleben und die Entwicklung unseres Handels hat daran ein großes Interesse. Wenn wir, wie wir glauben, als eine der Früchte des Krieges ein großes afrikanisches Reich zur Herrschaft gewinnen, dann wird über Tripolis der nächste Verkehrsweg nach dem Mittelmeer und nach Tripolis Europa gehen. Eine afrikanische Eisenbahn, die dem deutschen Interesse diente, müßte durch Tripolis gehen. So fordern wir: Tripolis der Türkei, und damit dem Bierbund als Siegespreis!“

Im Fordern ist das läbische Amtsblatt überhaupt sehr stark. Man würde sich nicht zu wundern brauchen, wenn dort der Mond als deutsches Kriegsziel proklamiert würde. Unsere Soldaten, die ihr Leben für die Verteidigung des eigenen Landes einzugehen, dürfen es jedoch gerne denen, die solche Kriegsziele aufstellen, selbst überlassen, daß sie zu den Waffen zu greifen. Darauf werden sie allerdings lange warten müssen.

Die Kartellversammlung, die gestern abend im Gewerkschaftshaus tagte, nahm zunächst die gedruckt vorliegende Abrechnung vom 1. Quartal entgegen. Im Anschluß daran wurde der Wunsch ausgesprochen, die Sprechstunden der Arbeitsseitentrete in Schwarzenau wieder aufzunehmen. Die Kartellkommission soll sich in dieser Gelegenheit mit dem Schwarzkauer Kartell in Verbindung setzen. Hierauf erstattete Genosse Raade den Bericht über das Gewerkschaftshaus, der vom Genossen Hies ergänzt wurde. Aus ihren Ausführungen ging hervor, daß die geschäftliche Lage des Hauses sich trotz der Kriegszeit gebessert habe. Unter Punkt „Einnahme“ wurde von einem Schreiben der Geschäftsstelle für bar geldlosen Zahlungsverkehr Kenntnis genommen. In den Arbeitsausschüssen derselben wurde Genosse Hies delegiert. Weiter machte der Vorsitzende Mitteilung, daß die Gastwirtschaften zur Wiederaufrichtung ihrer gewerkschaftlichen Organisation für den 29. ds. Mts. eine Nachtversammlung planen. Ein solcher Versuch wurde bereits im März unternommen. Die Versammlung wurde damals verboten, obwohl gleiche Nachtversammlungen z. B. in Kiel und Bremen genehmigt wurden und stattgefunden haben. Hies forderte diesmal die Erlaubnis erneut. Weiter wurde die Einnahme an den Beirat im Kriegs-Ernährungsamt, Genossen Robert Schmidt, verlesen und dessen Antwort, bezüglich der Bekämpfung des Schleichhandels und Lebensmittelwuchers in den Rüstungsbetrieben bekannt gegeben. Eine Bekämpfung des Arbeiterausschusses der Lübecker Maschinenbaugesellschaft wurde nach kurzer Ausprache als unbegründet erledigt.

Es folgte die Bekanntgabe eines Schreibens des Lübecker Landesausschusses für Kriegsverletzte, in dem um Beteiligung und Entsendung von Vertretern in den Ausschuss der – als Ludendorff-Spende bezeichneten – freiwilligen Sammlung für die Kriegsverletzten ersucht wird. Genosse Rosse berichtete über den Verlauf der dazu erfolgten Vorarbeiten und gab bekannt, daß sich die Obmänner der Arbeitsausschüsse, in einer am 24. April stattgefundenen Sitzung, im Prinzip für die Beteiligung der Gewerkschaften an dieser Sammlung ausgesprochen haben. Es handele sich nun darum, einen diesbezüglichen Aufruf der Gewerkschaften zu erlassen. Die Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin hat die einleitenden Arbeiten mit in die Wege geleitet. Doch wird im vorhergehenden erläutert, daß ein Zwang nicht ausgeübt werden wird und darf. Es ist auch nicht zwang, daß ein halber Tagelohn gezeichnet werden muß, wie das die Arbeiters des Hochämtern bereits im allgemeinen getan haben. Von kinderreichen Familien könnte das gar nicht verlangt werden. Jeder sollte nach seinem Ermess ein Scherlein für die im Kampfe um den Schutz der Heimat zu Krüppeln gewordenen Kriegsinvaliden opfern. Ihre Mehrzahl wird ohnedies der Arbeiterklasse entkommen. In den Ausschuss wurden die Genossen Mahrlein, Vielbach und Hies delegiert. Der engen Kommission gehe Genosse Rosse an, sodass den Arbeiterversprechern ein Abstimmungstext über die Verteilung der in Lübeck gesammelten

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 24. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Im Kemmelgebiet, beiderseits der Aisne und an der Scarpe, südlich von der Somme, sowie zwischen Morien und Montdidier lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf und war auch während der Nacht lebhaft. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungslämppe beschränkt. Eigene Unternehmungen südwestlich von Bucquon und an der Oise brachten Gefangene ein.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

ten Gelder, die ausschließlich Lübecker Kriegsverletzten zugute kamen, eingeräumt worden sei. Die Angelegenheit entstellte eine lange Debatte, in der das Für und Wider sehr lebhaft erörtert wurde und an der sich die Genossen Beck, Adolf Löwigt, Brumm, Mahrlein, Stelling, Hoff, Heintz, Schmidt, Heinrich Ehlers und Rosse – jeder Redner mehrfach – beteiligten. Es wurde beschlossen, folgenden Aufruf an die Lübecker Arbeiterschaft zu richten:

Die Gewerkschaften Lübecks, die Fühlung mit den Arbeiterschaften aller Betriebe genommen haben, halten es – in Übereinstimmung mit diesen – für die vornehmste Pflicht der in der Heimat zurückgebliebenen, die Opfer des Krieges mit allen Kräften zu unterstützen. Wenngleich es in erster Linie Pflicht des Reiches ist, die Fürsorge für die Kriegsverletzten zu übernehmen, der es sich auch nicht entziehen kann, sehen die Gewerkschaften dennoch ein, daß es auf diesem Gebiet vor allem darauf ankommt, sofort und auch von privater Seite die Kriegsverletzten zu unterstützen. Deshalb beklagen sich die Gewerkschaften an der – als Ludendorff-Spende bezeichneten – freiwilligen Sammlung für die Kriegsverletzten. Um ausreichend helfen zu können, bedarf es großer Mittel und wird deshalb auch von der Lübecker Arbeiterschaft erwartet, daß jeder nach seinen Kräften die Bemühungen dieser Sammlung unterstützt, über deren Verwendung den Gewerkschaftsvertretern ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden ist. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß jeder Drud und Zwang ausgeschlossen ist und nur von denjenigen ein Beitrag erwartet wird, die einen solchen leisten können. Die Listen für die Sammlung werden vom Gewerkschaftskartell ausgegeben und sind die gesammelten Gelder auch an dieses zurückzuführen.“

Hierauf ersuchte Genosse Schmidt, solche schwerwiegenden Fragen künftig erst in den Gewerkschaften diskutieren zu lassen. Genosse Steen möchte Mitteilung, daß die Erdarbeiter in eine Lohnbewegung eintreten. In der nächsten Versammlung soll das Arbeitsamergesetz erörtert werden. Hierauf erfolgte nach Eintreten der Polizeistunde Schlüß der Versammlung.

Heute Tage sind uns in der letzten Zeit in reichem Maße beobachtet. Gestern war die drückende Hitze fast unerträglich. Deshalb wurde die Gewitterbildung, die sich in den ersten Nachmittagstunden zeigte, von vielen Leuten mit der Hoffnung auf erfrischenden Regen begrüßt. Doch der Donner grüßte nur von ferne und auf die Regentropfen wartete man vergebens; allerdings sollen in der Gegend von Gräsdorf einige gefallen sein. Abends gab es noch einmal ein von Wind und Regen, der nur noch ergiebiger hätte sein müssen, begleitetes Gewitter, das aber kein Zentrum auch nicht in der unmittelbaren Nähe Lübecks hatte. Über dadurch verursachte Schäden ist uns nichts bekannt worden.

Das Obst soll wieder teurer werden!

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, hat im „Reichsanzeiger“ Nr. 106 Erzeugerrichtpreise für Frühjahr bekannt gemacht, die als Grundlage für die von den örtlichen Preiskommissionen festzustellenden Höchstpreise dienen. Die Preise bleibet etwas hinter den Vorschlägen der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst verordneten Sachverständigen zurück. Eine teilweise Erhöhung der Preise gegenüber dem Vorjahr hat sich jedoch als notwendig erwiesen, da die Erzeugungskosten gestiegen sind und die Preise des Vorjahres insbesondere bei einigen Beerenorten nicht genügt haben, um Ware in der erforderlichen Menge auf den Markt zu bringen.

Die Verteuerung von Lebensmitteln wird damit begründet, daß sie den Zweck habe, mehr Waren auf den Markt zu bringen. Das hat sich aber schon jedesmal als eine eile Verheißung erwiesen. Die Waren, die der Allgemeinheit zugänglich waren, sind dadurch nicht mehr geworden. Über die Behauptung, daß beim Obst die Erzeugungskosten derart gestiegen sein sollen, daß sie die hohen Preise rechtfertigen, kann man nur den Kopf schütteln.

Schuhwarenhändler gegen die Kriegsstiefel. Seit längerer Zeit werden aus den Kreisen der Schuhwarenhändler lebhafte Klagen über die Beschaffenheit der Kriegsstiefel erhoben. Sie erwiesen sich als nahezu unverkäuflich; da aber die Händler gezwungen seien, die ihnen gelieferte Ware abzunehmen, häuft sich in den Läden große Mengen ganz unverwertbarer Schuhwaren, in denen der Schuhhändler nach und nach erhebliche Mittel festlege. Die noch immer anhaltenden Polonaisen vor den Schuhläden werden von den Händlern überwiegend darauf zurückgeführt, daß die Verbraucher gründlich auf den Kauf von Kriegsstiefeln verzichten, da ihnen deren Minderwertigkeit bekannt sei. Um Hilfe zu schaffen, hat jetzt der Verband Deutscher Schuhwarenhändler mit einer Eingabe an die Reichsstelle für Schuhversorgung um Erlass eines Verbots der Herstellung von Kriegsstiefeln mit den heute verwendeten Holzsohlen und aus Papierstoff gebeten. Die Reichsstelle möge sofort Maßnahmen treffen, daß Kriegsstiefel in besserer und gefälliger Form unter Verwendung nur brauchbaren Materials hergestellt werden. Auch die Paketform müsse so gestaltet werden, daß sie den Ansprüchen genüge, die selbst bei dem heutigen Material gestellt werden könnten.

Die Verteilung von Leinenazwirn betrifft eine im Inserratensteil unserer heutigen Ausgabe veröffentlichte Bekanntmachung des Polizeiamts. Danach erhalten Schwerarbeiter gegen Vorlegung der gelben Arbeitgeberbescheinigung und der Zusatzkarte einen Bezugsausweis, welcher zum Bezug eineswickels Leinenazwirns berechtigt. Die näheren Einzelheiten sind aus der Bekanntmachung zu ersehen.

Die Sammlung getragener Männeranzüge beginnt in Lübeck am Montag, dem 27. Mai. Die Annahme findet Weberstraße 1 statt. Näheres ist aus der Bekanntmachung in unserem Anzeigenteil ersichtlich.

Ludendorff-Spende. In den letzten Tagen konnte der Ausschuss für die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte wiederum eine Anzahl größerer Spenden entgegennehmen. Die Lübecker Werke bewilligten 10.000 Mark, die Firmen Beck, Käpfer, Heintz, Borgwaldt, H. Dresdner und Dresdner u. Boldemann je 1000 Mark. Die Bereitwilligkeit der gesamten Bevölkerung zur Mitarbeit bei dieser, für unsere Kriegsbeschädigten bestimmten Sammlung zeigt sich, je näher der Beginn der öffentlichen Werbung rückt, in immer schönerem Lichte. Die Opferwoche wird am 1. und 2. Juni mit einer Strafanzeige eingeleitet. Die Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz haben sich nun bereit erklärt, diese Sammlung zu übernehmen. Bei dem bestimmt Eisener, mit dem sich die Mitglieder der Sanitätskolonnen schon so oft diesen Wohltätigkeitsbetreibungen gewidmet haben, dürfte auch für die Ludendorff-Spende ein guter Erfolg zu erwarten sein.

Die Kühlhaus-Lübeck-Uttinger-Gesellschaft hat in ihrem letzten Geschäftsjahr einen so guten Gewinn erzielt, daß sie nach erhöhten Abschreibungen eine Dividende von 10 Prozent auf das Aktienkapital verteilen kann. Der Betrag kommt hauptsächlich aus dem Gewinn, der im laufenden Jahr aufgewandt wird.

Die Oberbeck-Gesellschaft eröffnet heute in ihren Räumen im Hause Königstraße 9 ihre erste Ausstellung. Die Teilnahme an der Eröffnungsfeier und der Besuch der Ausstellung an den ersten beiden Tagen bleibt den Mitgliedern vorbehalten. Von kommenden Sonntag ab werden die täglich, außer Sonnabend, geöffneten Ausstellungen auch Nichtmitgliedern zugänglich sein. Es werden Tageskarten und Jahreskarten ausgegeben werden. Die erste Ausstellung enthält Werke von Friedrich Oberbeck, Gotthard Kisch, Linda-Walther, das gesamte Radierwerk von Heinrich Glemann und eines der Hauptwerke des 1917 verstorbenen Bildhauers Auguste Rodin. Die Ausstellung wird bis zum 30. Juni dauern.

pb. Diebstahl auf einem Dampfer. Gestohlen wurde ein Heizer eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der dem demselben Dampfer bedienten Maschinisten verschiedene Unterwäsche und Seife gestohlen hatte.

pb. Erstickte Kaninchendiebe. In der Nacht zum 22. d. M. wurden 2 Arbeiter, von denen der eine bereits wegen Diebstahls mit Justizhaus bestraft ist, mit einem Sac betroffen, in dem sie geschlachtete Kaninchen verborgen hatten. Wie festgestellt, hatten sie diese mittels Einbruchs von dem Gewebe eines Gartners in der Moislinger Allee gestohlen.

pb. Eine Handtasche entwendet. Gestohlen wurde ein Monteur aus Berlin, der in einem Gaithaus, wo er logierte, eine Handtasche mit 10 Mark gestohlen hatte. Das Geld konnte ihm abgenommen und der Bestohlenen zurückgegeben werden.

pb. 500 Mark unterschlagen. Zur Anzeige gebracht wurde ein 16jähriger Kaufbursche, der in einem hiesigen Geschäft und nach 500 Mark unterschlagen hatte. Das Geld hatte der Bursche in leichtsinniger Weise für Nüchternen, Zigaretten und auf einer Reise nach Hamburg ausgegeben.

Preis. Beim Baden ertrunken. Am zweiten Vormittag ertrug ein größerer Knabe des Arbeiters August Bock in Lehrkuhlen, er wollte den „kalten Teich“ durchschwimmen und schwieß sich an, die Farb gleich auszuführen. Bis zur Mitte angelangt, verließ ihn die Kräfte und er verschwand in die Tiefe. Einmal kam er noch hoch, dann wurde er nicht mehr gefunden. Marineoffiziere konnten den Verunglückten nur als Leiche bergen.

Rendsburg. Ein großes Feuer legte das Bauerngehöft von Claus Voig in Baale in Nische. Drei Nachbarhäuser, die durch Flugfeuer in Brand gerieten, konnten gerettet werden. Ein Wagen und verbrannten außer landwirtschaftlichem Inventar vier Tiere.

Nortorf. Von einem schweren Verlust wurde am Vormittag die Familie des Landmannes Petrus betroffen. Der 16jährige Bernhard, ein Schüler der Präparandenanstalt in Rendsburg, saßte mit einem Freunde in der Gnugter Aue und ist hierbei ertrunken.

Goldberg. Vom Blitz erschlagen. Am Sonnabend abend brachte uns ein Gewitter den erwarteten Regen. Im Dorfe Wülfenhorst fand ein sogenannter kalter Schlag in eine Tagelöhnerwohnung, wo in der Stube mehrere Personen beisammen waren. Die alte Frau Brüderhaber wurde vom Blitz getroffen und war sofort tot. Die übrigen Personen kamen mit dem Schred davon. In demselben Ort wurden auch noch drei Bäume an dem Abend vom Blitz getroffen.

Bremen. Ein Blitze getötet. Bei einem am 18. Mai stattgehabten Gewitter traf der Blitz in das Anwesen des Schneidermeisters Mener in Falkenburg. Die Tochter wurde vom Blitz erschlagen, die Eltern gelähmt; er selbst kam mit dem Schred davon. Das Anwesen brannte nieder.

Bremen. Eine neue Wahlperiode der „Unabhängigen“. Am Mittwoch war am 25. Wahlbezirk der Stadt Bremen – einem Bezirk, der als sehr radikal gilt – eine Erwahl zur Bremer Bürgermeister an Stelle des wegen Verlegung des Wohnsitzes nach dem Oldenburgerischen aus dem Parlament ausgeschiedenen Genossen Rose. Genosse Rose verläßt seinen Wirkungskreis in Bremen als Geschäftsführer der „Bremer Bürger-Zeitung“ nicht, er hat sich lediglich in der Nähe Bremens auf oldenburgerischen Gebiete angegliedert. Da jedoch nach der Bremer Bürgermeisterwohnung ein Bürgermeister aus dem Bremer Staatsgebiet wohnen muß, so ist Genosse Rose genötigt, sein Mandat niederzulegen. Die Sozialdemokratie stellte den Gewerkschaftsbeamten Friedrich Klenke, Angestellten des Transportarbeiterverbandes, auf. Die „Unabhängigen“ einen Metallarbeiter Emil Sommer. Das Resultat ist: Abgegebene Stimmen: 295. Es erhielten: Kleine (Soz.) 155 Stimmen, Sommer (U. Soz.) 108 Stimmen, Ungültig 2 Stimmen. Schon vor Jahrestrift hatte derselbe Bezirk für den aus der Bürgermeister durch Tod ausgeschiedenen Redakteur Holzmeier einen Stellvertreter zu wählen. (Jeder Bezirk hat zwei Vertreter, von denen traurig alle drei Jahre einer ausscheidet.) Es wurden am 11. Juni vorigen Jahres gewählt der Genosse Ludwig Schlüter mit 238 Stimmen, während es der auch von den Unabhängigen unterstützte „Unabhängige“ Klawitter nur auf 124 Stimmen brachte.

Für unsere Feldgrauen.

Stiefel und Familienunterstützung.

Die Reichsfinanzverwaltung hat sich damit einverstanden erklärt, daß den zum Bezug von Kriegswaffengeld berechtigten Kriegsgegnern zur Abwendung einer Notlage neben dem Waffen- und auch die Familienunterstützung gezahlt wird, wenn der Stiefvater zum Heeresdienst eingezogen ist. Voraussetzung ist, daß der Stiefvater für die Kinder einer Ehe seiner Frau vor seiner Einberufung zum Heeresdienst aus eigenen Mitteln austreihend gesorgt hat.

Heimatlose Urlauber.

Zahlreiche Familien haben sich bereit erklärt, solche Männer aufzunehmen, die keine Angehörigen haben, bei denen sie ihren Heimatsurlaub verbringen können. Diese Einrichtung scheint bei den Truppenteilen noch wenig bekannt zu sein, denn die Zahl der angebotenen Freistellen ist erheblich größer, als die Zahl der Meldungen. Heimatlose Männer müssen sich wegen einer Freistelle an ihren Truppenteil wenden, der sich dann mit dem Stellvertretenden Generalstabskommando des Bezirkes in Verbindung setzt, in dem der Aufenthalt gewünscht wird. Die Generalstabskommandos selber haben wieder eine Auskunftsstelle in der Fürsorge für heimatlose Urlauber in Bürgel in Thüringen.

Die Löhnnung der Kriegsgefangenen.

In den nächsten Monaten werden Zehntausende deutscher Kriegsgefangener in die Heimat zurückkehren. Schon jetzt wird in den Redaktionen der Parteipresse häufig angefragt, ob den Heimkehrenden die Löhnnung für die Dauer ihrer Gefangenschaft nachgezahlt wird. Deshalb sei darauf hingewiesen, daß dies nicht der Fall ist. Die Kriegsbesoldungsvorschrift sagt darüber in § 23:

In Kriegsgefangenschaft geraten oder Vermieter verlieren den Anspruch auf Löhnnung mit dem Schluß des laufenden Monatsdrittels; der Niederempfang der Löhnnung beginnt mit dem ersten Tage des Monatsdrittels, in welchem sie wieder eintreffen.“

Soweit die Angehörigen Kriegsgefangener deren Löhnnung ganz oder teilweise erhalten haben, hört diese Leistung mit dem Tage der Rückkehr auf.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Beleger: Th.

Bekanntmachung

betreffend die Verteilung von Leinenzwirn.

Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über eine Verteilung von Leinenzwirn vom 20. April 1918 ordnet das Polizeiamt hiermit folgendes an:

Gegen Vorlegung der gelben Arbeitgeberbescheinigung und der Zusatzkarte erhalten Schwerarbeiter einen Bezugsausweis, welcher zum Bezug eines Wickels (Röschens, Knüchens) Leinenzwirn berechtigt.
Die Bezugsausweise sind nicht übertragbar.

Verlorene gegangene Ausweise werden nicht ersetzt.

Die aus zwei Hälften bestehenden, doppelseitig fortlaufend nummerierten Bezugsausweise sind einem der nachstehend verzeichneten Kleinhändler zur Vormerkung für die Lieferung bis spätestens zum 3. Juni d. J. vorzulegen. Die Kleinhändler haben beide Hälften der Ausweise auf der Rückseite abzustempeln oder handschriftlich mit ihrer Firma zu versehen und die rechte Hälfte zurückzuhalten. Die linke, mit dem Siegel des Polizeiamts versiegene Ausweishälfte ist dem Verbraucher zurückzugeben und von diesem sorgfältig aufzubewahren, da die Kleinhändler später nur gegen Rückgabe dieser Ausweishälfte den Zwirn verabsolten dürfen.

Neben die Abgabe erfolgt noch besondere Bekanntmachung.

Die zurückbehaltenen Ausweishälften sind von den Kleinhändlern der Nummer nach zu bestehen oder aufzukleben und unter schriftlicher Angabe der Anzahl bis spätestens zum 6. Juni d. J. an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, zur Ausfertigung der Bezugsberechtigungen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen, insbesondere die mißbräuchliche Verwendung der Bezugsausweise und die Abgabe von Leinenzwirn ohne Bezugsausweis, werden nach § 16 der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 20. April 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Ausgabe findet statt:

a) Für die innere Stadt und die Vorstädte: in der Börse (Eingang vom Markt) in den Stunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 8 Uhr nachmittags für die Schwerarbeiter, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A-J am Montag, dem 27. Mai 1918,

K-R Dienstag, 28. Mai 1918,

S-Z Mittwoch, 29. Mai 1918.

b) Für das Eingemündungsgebiet: in der Zeit vom Freitag, dem 31. Mai 1918 bis Sonnabend, dem 1. Juni 1918 während der Geschäftsstunden in Travemünde: in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,

in Schleswig: in der Geschäftsstelle des Polizeiamts für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen, in Kiel-Holtenau, Siems-Dänischburg, Moisling-Genin: in den Polizeibezirken.

Für das Landgebiet wird die Ausgabe besonders geregelt.

Lübeck, den 28. Mai 1918. (2431)

Das Polizeiamt.

Albers, Otto, Kohlmarkt 10.

Fiedler, H., Meyerstraße 25.

Haerder & Co., Aug., Sandstr. 1-5.

Jürs, Elise, Mönkerstraße 9.

Karstadt, Rudolph, Breite Straße 57-61.

Konsumverein, Königstraße 111.

Kirsch, Dora, Bülowstraße 10.

Meineke, Albert, Königstraße 108.

Pein, J. H., Markt 12.

Schlichting, Otto, Barendorffstraße 19 c.

Fr. Friedrichsen, Wilh., Travemünde.

Halupka, Paul, Rüchnig.

Ramm, Jürgen, Schlutup.

Bekanntmachung

betreffend Sammlung gefragter Männeranzüge für die Heimarmee.

Zur teilweisen Deckung des Bedarfs an Oberkleidung der inriegelwichtigen Betrieben, insbesondere auch bei der Eisenbahn und in der Landwirtschaft, beschäftigten Arbeiter hat die Reichsbekleidungsstelle in Berlin im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden angeordnet, daß eine allgemeine Sammlung gefragter Männeranzüge im ganzen Reiche veranstaltet werde. Der Kommunalverband der Stadt Lübeck soll hierzu eine große Anzahl von Anzügen beisteuern.

Es wird erwartet, daß die erforderlichen Anzüge im Wege der freiwilligen Abgabe aufgebracht werden, um so strengere Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle zu erübrigen. Das Polizeiamt als zuständige Kommunalverbandsbehörde ist jedoch auf Grund der §§ 1 und 2 der Bundesratssatzverordnung über Beauftragte der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichsgesetzbl. S. 257) ermächtigt worden, Verletzen, von denen annehmen ist, daß sie eine größere Anzahl Oberkleider besitzen, die Vorlegung eines Bezeugnisses über ihren Bestand an Oberkleidern und dafür geeigneter Anzüge aufzuerlegen, falls sie nicht wenigstens einen Anzug abliefern sollten: auch ist sie erlaubt, in solchem Falle die Nichtigkeit des Bezeugnisses nachzuweisen und die hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Bei der Abgabe der Kleidungsstücke wird dem Abliefernden eine Bescheinigung erteilt, die eine ausführliche Zusicherung enthält, daß die jetzt abgegebenen Oberkleider bei einer im weiteren Verlauf des Krieges etwa notwendig werdenber andernzeitigen Entfernung gefragter Oberkleider in Rechnung gebracht werden. Eine Bezeichnung dieser Art wird jedoch demjenigen nicht erteilt, der an die Abgabe die Bedingung der Ausfertigung eines Bezeugnisses ohne Prüfung der Wahrhaftigkeit der Aussage stellt.

Die Sammlung soll nach Möglichkeit nur Anzüge umfassen, die keine Quarierzugabe zu erhalten und ihrer Art nach funktional der Ausstattung entsprechen. Von der Ablieferung ausgeschlossen sind deshalb Grätsche, Smokings und Haussachen, ferner Zonen-, Güter- und leicht Kleidungsstücke. Bei ih-

rerung von Zöppen, die am Halse geschlossen sind, ist die Ablieferung einer Weste nicht erforderlich. Statt einer langen Hose kann auch eine Kurzhose von Sporthose abgeliefert werden. Auch unverarbeitete Anzugstoffe werden angenommen. Zur Erleichterung der Aufgabe ist darauf zu achten, daß nur solche Kleidungsstücke abgeliefert werden, die keine oder nur ganz geringe Ausbesserungen erfordern.

Die abgelieferten Anzüge werden nach einem geordneten Schätzungsverfahren angemessen bezahlt. Die Annahmestelle ist angewiesen, für Überleidungen, die in der Zeit vom 27. Mai bis einschließlich 15. Juni d. J. bei der Annahmestelle abgeliefert oder zur Ablieferung oder Abholung angemeldet sind, eine Anzahlung von 10% zu den regelmäßigen Schätzungsverträgen zu bewilligen.

Mit der Entgegennahme der Anzüge wird am Montag, dem 27. Mai d. J. begonnen.

Die Annahme findet in der Annahmestelle, Weberstraße 1, statt. In dieser Annahmestelle werden die Anzüge, sofern sie nicht unentgänglich überlassen werden, unter sofortiger Schätzung und Auszahlung des Kaufpreises erworben.

Um die lübkeische Bevölkerung wird das dringende Gesuchen gerichtet, diese Sammlung, deren Ergebnis für das wirtschaftliche Durchhalten unseres Volkes im Kriege von hoher Bedeutung ist, opferfreudig zu unterstützen und möglichst viele Anzüge abzufertigen. Von den Kreisen, die eine größere Anzahl Oberleider besitzen, wird erwartet, daß sie ihre entbehrlichen Anzüge diesem vaterländischen Zweck zur Verfügung stellen.

Lübeck, den 22. Mai 1918. (2430)

Das Polizeiamt.

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch stärkste Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Airedale-Terrier und Pottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gefund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind, ferner Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner und Doggen. Die Hunde werden von Fachdressuren in Hundeschulen ausgebildet und im Ereignisfall nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die benötigte fiktivste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

In alle Besitzer der vorgenannten Hunderassen ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes! (2433)

Die Anmeldungen für die Kriegshunde-Schule und Meldehundeschulen sind zu richten an die Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin W, Kurfürstendamm 152, Abt. Meldehunde.

(2436)

Gesucht zum sofortigen Antritt

fürchteriger Maurer

und

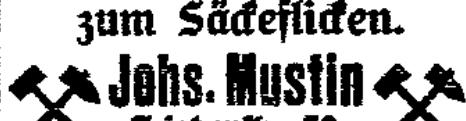
Zimmermann.

Schwarauer Honigwerke u. Zuckerraffinerie U.-G.

Bad Schwarau. (2426)

Gesucht Frau

zum Sädeflicken.

 Johs. Mustin Friedensstr. 78

Gesucht 1 Laufjunge

außer der Schulzeit. (2432)

Carl Ritscher, Holstenstr. 34.

Freundl. Logis

an junge Leute zu vermieten. (2437)

Walenitzmauer 80.

Ein guterhalt. Kinderwagen

zu verkaufen. Preis 40 Mk. (2435) Rosenstr. 2, II, rechts.

J. H. Pein

Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren ::

Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Zeitschriften aller Art. Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Heimatstätten-Gesellschaft

m. b. H. in Lübeck.

Jahresversammlung am Freitag, d. 31. Mai 1918

12 Uhr mittags Königstraße 5, Bilbersaal.

Tageordnung:

1. Jahresbericht und Abrechnung.

2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern.

3. Wahl eines Rechnungsprüfers.

4. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Stammkapitals um Mk. 200.000.

Der Vorstand. (2429)

Dr. Kalkbrenner, Johs. Kollmann.

Marmorsaal. Schichti's

singende, tanzende u. sprechende Marionetten

Graf Kuno.

Zaubermaischen in 5 Akten sowie die berühmten Kunst-Marionetten. Vorverkauf an der Kasse.

Der neue Kriegs-Mflas

bedeutend erweitert, jetzt 66 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig. Preis Mk. 1.50.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Praktischer Wegweiser

empfohlen. Geschäfte empfohlen

empfo

Das Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie.

Der Würzburger Parteitag hat den Partei-vorstand mit der Berufung einer Kommission beauftragt, die den Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausarbeiten und den Parteinstanzen zur Beschlussfassung vorlegen soll.

Der Parteivorstand ist diesem Beschluss des Parteitages nachgekommen. Den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf eines Aktionsprogramms bringen wir nachstehend zum Abdruck.

Der Kommission haben angehört die Genossen Auer, München; Cuno, Berlin; Kell, Stuttgart; König, Dortmund; Landesberg, Magdeburg; Löbe, Breslau; Pape, Hamburg; und Wissel, Berlin.

Der Weltkrieg hat sich im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands als gewaltiger revolutionärer Faktor erwiesen. Die überlieferten Produktions- und Handelsverhältnisse, die Vermögen, Erwerbs- und Klassensichtung des deutschen Volkes haben tiefrüttende Umwälzungen erfahren. Weitere Umgestaltungen werden als Rückwirkung des Krieges nach Friedensschluß eintreten. Noch stehen wir mitten im reißenden Strom der Entwicklung. Diese Veränderung und Verschiebung der Lebenslage unseres Volkes erfordert die möglichste Sicherung seines politischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Das bedingt eine Umgestaltung der aus der Zeit vor dem Kriege überkommenen staatlichen Einrichtungen und stellt dadurch die deutsche Sozialdemokratie vor eine Reihe neuer schwieriger Aufgaben. Es gilt, die jetzt, hauptsächlich auf den Kriegsbedarf eingestellte Volkswirtschaft ohne nachhaltige Erschütterung des Erwerbslebens planmäßig wieder in den Friedensschluß hinzubereiten und die hierzu erforderlichen organisatorischen Uebergangsmassnahmen zu treffen. Es sind die durch den Krieg zerstörten volkswirtschaftlichen Werte wieder aufzubauen und die zurückbleibenden finanziellen Lasten so zu verteilen, daß sie, ohne die fernere Wirtschaftsentwicklung zu hindern, den Leistungsfähigsten aufzuladen. Die geschwächte Gewindheit und Arbeitstreue des Volkskörpers sind durch eine weitblickende Sozialpolitik wieder zu stärken und ferner politische Reformen durchzuführen, die dem deutschen Volke einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung sichern und den Übergang des alten Obrigkeitstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungstaat vorbereiten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschland kann und darf sich nicht von den Ereignissen treiben lassen und darf durch die soziale Entwicklung zu gesteigerter Machtfülle gelangen. Staatsgewalt die Durchführung der Neuordnung zuweisen, sie muß in zielbewußter Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen.

In der Erfüllung dieser ihrer nächsten Aufgaben erkennt die Sozialdemokratische Partei das nachfolgende, sich auf die allgemeine Zustimmung des Würzburger Parteitages stützende Aktionsprogramm, das das Erfurter Parteiprogramm nicht aufheben, sondern ergänzen soll, als für sie maßgebend an:

I. Politische Forderungen.

Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchdringung des Staates, d. h. für die Volkherrschaft erbracht. Zur Durchführung der Volkherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahr an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;

Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben;

Entscheidung des Reichstages über Krieg und Frieden, sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten;

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schmorzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

81. Fortsetzung.

Munde hatte seinem Vater erzählt, wie zutraulich Diethelm gegen ihn auf dem Rathause gewesen.

„Ich weiß, was er vorhat,“ sagte der alte Schäferle, „er will dir seine Fräne geben.“

„Vater, was macht Ihr?“ rief Munde hochentzückt.

„Kannst dich drauf verlassen,“ fuhr der alte Schäferle gelassen fort, „er will sich loslaufen.“

Munde mußte aber und abermals hören, wie unerschüttert der Vater an die Schul Diethelms glaubte, er wehrte sich mit aller Macht dagegen, aber der Vater blieb standhaft und sagte: „Ob er Blutschuld auf sich hat, weiß ich nicht gewiß, aber es ist gewiß, als der Himmel über uns ist und nichts auf der Welt verborgen bleibt, hat er mir angezündet. In alten Zeiten hat ein Bruder nicht geruht, bis er für das Blut seines Bruders Rache genommen hat. Kannst du hingehen und die Tochter von dem heiligen? Nein. Weißt was, komm her,“ sagte der alte Schäferle aufsteckend und holte einen Rock aus dem Schrank, von jenen Kleidern, die ihm Medard zur Herbstzeit in der ersten Furcht übergeben hatte, „da, komm her, zieh den Rock an und seh den Hut auf und geh hin zum Diethelm und betracht' dir ihn genau, was er macht. Du siehst dem Medard gleich, wie er vor Jahren ausgehen hat, geh, mach's.“

Munde ließ sich nicht dazu bewegen, erfaßte den weißen, rot-ausgeschlagenen Rock des Bruders und weinte bittere Tränen darauf, indem er dem Vater erzählte, daß auch gegen ihn Medard den Verdacht ausgesprochen und daß er mit einem Schlag ins Gesicht von ihm getroffen sei. Dieses letzte besonders tat ihm so weh, daß er so grimmzornig von seinem Bruder auf ewig gescheiden sei. Munde hasste sein weisses, jantes Gemüt bewahrt, und er streifte den Rock, als deute er noch den, der ihn einst trug. Drei Tage kämpfte Munde einen schweren Kampf mit sich und mit dem Vater. Der Gedanke, Fräne zu besiegen, entflammte ihn; und wenn er wieder dachte, daß er ewig um den Mann sein und ihn Vater nennen sollte, der vielleicht am Tode seines Bruders starb — die Angst des Bruders lag auf all dem großen Beifallum. Aber was kann Fräne dafür? Es ist nur eine alte Vorwohnlichkeit, daß das Kind die Schande erdulden muß, die auf dem Vater ruht; und ist nicht Diethelm freigesprochen und hochgeholt?

Am dritten Abend, als Munde das Dorf hinaufging, bezogte er Fräne. Sie reichte ihm frisch und innig die Willkommen, aber es mochte seine ganze Gemütsverfassung zeigen, daß des ersten, was Munde sprach, dahin lautete, er müsse ihr das Geld mitspielen. „... ohne zu wissen, bei ihrer Abreise aus

Umwandlung des schändenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Herauslösung der Dienstzeit; Besetzung der Geheimdiplomatie; Schaffung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abflüsseverträge, Schiedsgerichte usw.); völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Belebung aller Ausnahmegelehrte; volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz; Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beteiligung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.

II. Forderungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft.

Zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen fordert die Sozialdemokratische Partei planmäßige Überleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, insbesondere vorläufige Beibehaltung der Lebensmittelrationierung und der Höchstpreisfestlegung, soweit sich dies nach Friedensschluß für die austretenden Betreuung der minderbemittelten Volkstreie mit den erforderlichen Nahrungsmitteln als nötig erweist.

Organisation der Lebensmittelzehrung, des Rohstoffbezuges und der Rohstoffverteilung, sowie des Exports unter staatlicher Leitung und Aufsicht, baldige Hebung des schwachen Tiefstandes der deutschen Währung im Ausland durch geeignete handelspolitische und finanztechnische Maßnahmen.

Ferner ist zur Sicherung einer möglichst ungehemmten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr der gesamte deutscher Reedereibetrieb einschließlich der Binnenschifffahrt unter Aufsicht des Staates zu stellen, dem ein gewisses Bestimmungsrecht über den Frachtdienst, die Fahrtrouten und den Laderaum der Handelsflotte einzuräumen ist.

III. Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege.

Damit eine plötzliche Überfüllung des Arbeitsmarktes sowie Lohnabfälle und Arbeitslosigkeit nach dem Kriege vermieden werden, fordert die deutsche Sozialdemokratie: Staat und Gemeinde haben Vorsorge zu treffen, daß die zur Entlassung aus dem Kriegsdienst gelangenden Arbeiter und Angestellten möglichst in den Industrie- und Handelsbetrieben ihres Berufszweiges untergebracht werden und zu diesem Zweck die Arbeitsvermittlung planmäßig organisiert wird. können die Betriebe eines Gewerbezweiges aus Mangel an Rohstoffen, technischen Mitteln oder aus irgend welchen anderen Gründen die Arbeit nicht in vollem Umfang wieder aufnehmen, so dürfen die Arbeiter und Angestellten aus diesem Grunde nicht länger bei der Fahne zu erhalten werden. Den entlassenen Heeresmitgliedern sind auf mindestens einen Monat die ihnen und ihren Familien gewährten Bezüge und Unterstützungen weiter zu zahlen. Durch Eingriffnahme von nützlichen Staats- und Gemeindebeamten ist für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Vermögen diese Maßnahmen den Arbeitslosen keine unter Berücksichtigung des Berufes auszutümende Arbeit zu schaffen, so ist ihnen nach Ablauf dieses Monats eine angemessene Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren.

IV. Beteiligung der Arbeiter an der Uebergangsorganisation.

Da die Organisation der Uebergangswirtschaft keine besondere Angelegenheit der Unternehmerschaft, noch der staatlichen Verwaltung ist, sondern eine Angelegenheit aller am Wiederaufbau der Volkswirtschaft interessierten Volkschichten, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, daß in dem Reichswirtschaftsamt, in den Arbeitsämtern und den Arbeitssozialverwaltungsstellen die deutsche Arbeiterschaft nicht nur in Arbeitssachen, sondern auch bei der ganzen organisatorischen Umgestaltung des Wirtschaftsbetriebes eine entsprechende Vertretung erhält.

Des weiteren fordert die deutsche Sozialdemokratie, daß der deutschen Arbeiterklasse durch die Errichtung von Arbeitersammeln eine gleiche Vertretung ihrer Interessen und gleiche offizielle Bezeugnisse eingeräumt werden, wie sie Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in den Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern besitzen.

V. Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde.

Da die schon während der Kriegszeit in Industrie, Handel und besonders im Bankgewerbe hervorgetretenen Konzentrations-, Verschmelzungs- und Kartellierungstendenzen voraussichtlich nach Friedensschluß eine weitere Steigerung erfahren und zu einer Vermeidung monopolistischer Wirtschaftsgebilde führen werden, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Soweit die wirtschaftliche Entwicklung bereits bestimmte Privatmonopole gezaubert hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch

die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sicher und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse gewährleisten, zu verstaatlichen. Ferner ist zur Beaufsichtigung kartellartiger Organisationen ein deutsches Reichswirtschaftsamt einzugliederndes Kartellamt zu errichten, das die Bevölkerung hat, in die Geschäftsbücher der Kartellverbände Einzug zu nehmen und schädlichen Preistreibereien entgegenzutreten. Wie den Unternehmern ist auch den Arbeitern eine Vertretung im Beirat oder Sachverständigen-Ausschuß des Kartells amts zu sichern.

Die Aufsicht des Reiches über das Bankwesen ist zu erweitern und durch Ausbau der Reichsbank dieser ein stärkerer Einfluß auf das private Bankgewerbe zu sichern.

VI. Handelspolitische Forderungen.

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist erforderlich, daß nach dem Kriege die früheren Handelsbeziehungen mit dem Ausland wiederhergestellt und der deutschen Industrie die Möglichkeit geboten wird, ihren ausländischen Absatzmarkt zu erweitern. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher, daß bei den Friedensabschlüssen in die Verträge Vereinbarungen aufgenommen werden, die eine Fortsetzung des zeitigen Wirtschaftskrieges verhindern. Ferner sind sofort Vorbereitungen für den Abschluß neuer Handelsabkommen zu treffen, die das bisherige System der Absicherung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelzölle fallen lassen.

VII. Finanz- und Steuerreform.

Der Krieg wird dem Deutschen Reich schwere finanzielle Kosten hinterlassen. Diese so zu verteilen, daß die Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege möglichst wenig gehemmt und jener Teil der Bevölkerung, der durch den Krieg Vorteile erlangt hat, in ersten Reihen zur Ausbringung der erforderlichen neuen Steuererträge herangezogen wird, ist die wichtigste Aufgabe einer die große Volksmasse schützenden Steuerpolitik. Zu den Bedingungen einer möglichst ungehemmten Wirtschaftsentwicklung gehört in erster Reihe die Schonung und Stärkung der menschlichen Arbeitskraft als des wertvollsten Teils des Volkswertes.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei:

Abtragung eines beträchtlichen Teils der Kriegsschulden durch schärfste Erfassung der in der Kriegszeit entstandenen Vermögensvermehrungen;

Erhebung eines nach der Leistungsfähigkeit abgestuften allgemeinen Schadensentschädigungsbeitrages;

rechtsgerichtliche Ordnung und progressive Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern nach sozial- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten;

Ausbau der Erbschaftsteuer unter Einbeziehung des Erbes der Kinder und Ehegatten; Erhebung eines Pflichtbetrags des Reiches bei kinderlosen Erbsäugern oder solchen mit kleiner Kinderzahl; Einführung des alleinigen Erbrechts des Reichs, wenn mögliche erberechtigte Verwandte nicht vorhanden sind;

Verkürzung der Steuerfräue, die nicht nur nach dem Grade des Verwandtschafts und der Höhe der Erbschaft, sondern auch nach dem Gesamtvermögen des Erbenden abhängt;

Aufhebung aller Verbrauchsabgaben auf notwendige Nahrungsmittele. — Alle monopolistischen Gewerbezweige und das Verjährungsrecht sind in die öffentliche Verwaltung zu übertragen.

VIII. Sozialpolitische Forderungen.

Zur Hebung des durch den Krieg geschädigten Gesundheitszustandes des deutschen Volkskörpers, wie zum Schutz der menschlichen Arbeiterschaft und des Nachwuchses unseres Volkes fordert die Sozialdemokratische Partei:

Ausbau und Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung;

grundsätzliches Verbot der Nacharbeit unter klarer Angabe, durchgreifenden Schutz der Frau vor und nach der Entbindung;

Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren;

Schutz der Jugendlichen, Erweiterung der Jugendarbeit;

Regelung der Wohnungsfürsorge durch ein Reichsgesetz, Schaffung eines wirklichen Konsistenzrechts für alte Arbeiter, Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts;

Ausbau und einheitliche Regelung des Einigungswoesens, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reichsgebiet.

„Nun? Ist denn vierzig Gulden nichts? Und zwei Jahre Zins ist auch dabei. Ich will dir's aber nur sagen, ich hab' was anders mit dir vorgehabt, aber du hast dich drei Tage beironnen, bis du zu mir kommen bist, und derweil sich der Geselle besetzt, befindet sich der Narr auch.“

Munde war wohl, daß ihn Diethelm schreiben wollte; darum, daß er ihn treu zu demütigen sah, um ihn dann vielleicht großmütig zu sich zu erschließen, dochte er nicht, er sagte daher: „Ihr wißt, was ich denkt, Ihr kennt mich ja.“

„Ich kenn' dich nunmer. Du bist zwei Jahre Soldat gewesen, da wird der Mensch ein anderer.“

„Wen ich damals gern gehabt, hab' ich noch gern.“

„Das ist brav. Du hast immer ein gut Herz gehabt. Jetzt muß ich aber da Schreibverein machen. Komm morgen wieder, Munde.“

Schon beim Eintritte Munes hatte sich Fräne entzweit, und als dieser jetzt auch wegging, begleitete ihn die Mutter und sagte ihm noch auf der Treppe: „Munde sei nur heiter. Ich sag' nichts, aber glaub' mir, er hat's gut mit dir vor. Komm nur morgen wieder. Hält kein Baum auf einen Schlag. Grüß mit deinem Vater und sag ihm, es ging' mir viel besser, aber spinnen kann ich noch nicht. Und seh, daß du von deinem Vater ein Mittel bringst gegen böse Träume und gegen das Kreuzen; darf aber nicht sagen, für wen es ist.“

„Für wen ist's denn?“

„Es ist besser, wenn du's nicht weißt, dann braucht du es nicht zu sagen.“

Munde wußte es aber jetzt, und die anfangs trostliche Zusage der Frau Martha hatte einen bitteren Nachklang. Diethelm hatte die Träume und dor, er war also doch jugendig, er durfte es aber jetzt nicht mehr sein, gewiß nicht am Tod Medards. Munde hatte Lust, jeden zu Boden zu schlagen, der so etwas dachte, und trockte mit seinem Vater, der immer darüber zurück. Der alte Schäferle hatte bald heraus, wo sein Munde trotz des Verbots gewesen war, und blieb dabei, daß Diethelm ihm die Fräne geben wollte und ihn nur zappeln lasse, um jeden Anschein von sich zu entfernen. Als Munde wie zufällig am ein Mittel gegen böse Träume und Fräne fragte, frohlockte der alte Schäferle: „So! Hat er auch böse Träume?“ So ist er doch nicht los, wenn er auch freigesprochen ist.“ Der Stolz auf seine sympathische Heilkunst verleitete ihn aber doch zu dem Zuspruch: „Gegen böse Träume gibt es ein altes untrügliches Mittel: man muß aus einem Schafslöffel schlucken und vor Fräne.“ Der Bremmelschlund krüppelt, und gegen Fräne gibt es nichts Besseres, als morgens vor Tag sich in Wasser waschen, das man vom Menschen abgezogen hat, dann drei Stunden, vor die Sonne ins Mittag steht und drei Stunden nachher ohne Ausklopfen Erbsalz fügen, das man im Bremmelschlund gekochten hat.“

Fortsetzung folgt.

